



4

Motion (Art. 59 f. GRSR)

Erstunterzeichnende

Sitzplatz-Nr.	Vorname / Name	Partei	Unterschrift
147	Barbara Keller	SP	
166	Dominic Nellen	SP	

Erarbeitung und Vorlage einer städtischen Polizeistrategie

Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine städtische Polizeistrategie vorzulegen. Diese soll darlegen, wie der Gemeinderat seine politische und strategische Verantwortung im Bereich der öffentlichen Sicherheit auf Stadtgebiet wahrnimmt und welche Leitlinien er gegenüber dem Kanton und der Kantonspolizei vertritt.

Die Strategie hat insbesondere folgende Punkte zu regeln und auszuführen:

1. Rolle und Verantwortung der Stadt gegenüber dem Kanton

Die Strategie legt transparent dar, welche Einflussmöglichkeiten der Stadt gegenüber dem Kanton und der Kantonspolizei bestehen (z. B. im Rahmen von strategischen Vorgaben, politischem Dialog, Leistungsvereinbarungen, Kommunikation, Berichtspflichten) und wie der Gemeinderat diese systematisch nutzt.

2. Umgang mit unbewilligten Demonstrationen

Die Strategie soll politische Leitlinien für den Umgang der Stadt mit unbewilligten Kundgebungen formulieren, insbesondere zur Abwägung zwischen Grundrechtsschutz, öffentlicher Sicherheit und Schutz von Drittpersonen. Dem Grundrechtsschutz von unbewilligten Demonstrationen ist in der Strategie Rechnung zu tragen. Personenkontrollen und Festnahmen sollen die Ausnahme bilden.

3. Greifbare Definition der Deeskalationsstrategie

Die bisher praktizierte Deeskalationsstrategie ist in der Strategie nachvollziehbar, überprüfbar und verständlich zu definieren.

Dabei ist insbesondere darzulegen:

- welche Ziele mit der Deeskalationsstrategie verfolgt werden,

- nach welchen Kriterien der Gemeinderat bei unbewilligten Kundgebungen über Tolerierung, Duldung oder strategische Vorgaben entscheidet,
 - welche Erwartungen der Gemeinderat an eine verhältnismässige und grundrechtsorientierte Einsatzpraxis stellt,
 - wie der Gemeinderat sicherstellt, dass diese Grundsätze gegenüber dem Kanton regelmässig thematisiert und reflektiert werden.
4. **Transparenz und politische Rechenschaft**
Nach grösseren Kundgebungen oder Einsätzen soll der Gemeinderat öffentlich und transparent über seine Vorgaben und Bewertungen informieren. Dies stärkt das Vertrauen in die politische Verantwortung für das polizeiliche Handeln.
 5. **Weiterentwicklung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft**
Die Strategie soll aufzeigen, wie der Gemeinderat den Dialog mit Menschenrechtsorganisationen, betroffenen Kreisen und der Bevölkerung systematisch nutzt, um Vertrauen, Transparenz und kontinuierliche Weiterentwicklung im Bereich Sicherheit und Grundrechte zu fördern.
 6. **Massnahmen gegen Racial Profiling**
Die Strategie soll darlegen, mit welchen Massnahmen der Gemeinderat im Rahmen seiner Zuständigkeiten mit verbindlichen Massnahmen darauf hinwirkt, dass rassistische oder diskriminierende Polizeipraktiken wie Racial Profiling verhindert werden. Dazu gehört u. a. Aus- und Weiterbildung, sowie ein Monitoring von Polizeikontrollen.
 7. **Unabhängige Beschwerdestelle**
Die Strategie soll darlegen, wie (zusätzlich oder alternativ zur Ombudsstelle) eine unabhängige, niederschwellige Beschwerdestelle für polizeiliches Handeln geschaffen oder unterstützt werden kann. Diese Stelle soll Beschwerden aus der Bevölkerung sowie Meldungen aus den eigenen Reihen der Polizei entgegennehmen, unabhängig prüfen und dem Gemeinderat sowie der Öffentlichkeit regelmässig Bericht erstatten.

Begründung

Die Ereignisse im Zusammenhang mit Demonstrationen in den letzten Monaten, insbesondere mit der Demonstration vom 11. Oktober 2025, sowie der dazu vom Gemeinderat veröffentlichte Bericht zur politischen Aufarbeitung vom Januar 2026 haben deutlich gemacht, wie anspruchsvoll die politische Steuerung im Spannungsfeld zwischen Versammlungsfreiheit, öffentlicher Sicherheit und operativer Polizeiarbeit ist.

Der Gemeinderat ist in der Verantwortung, sich aktiv mit der Ausgestaltung und Kontrolle der Polizeiarbeit auf städtischem Boden auseinanderzusetzen. Ihm kommt die politische und strategische Verantwortung zu, die operative Zuständigkeit hingegen liegt bei der Kantonspolizei. Aktuell bestehen weder ausreichend politische Leitlinien noch eine transparente Strategie, welche den spezifischen Herausforderungen im städtischen Raum gerecht wird.

Gerade weil der Handlungsspielraum der Stadt bei der Tätigkeit der Polizei auf Stadtgebiet begrenzt ist, braucht es umso mehr klare politische Leitlinien, transparente Kriterien und nachvollziehbare Strategien, damit für Stadtrat und Öffentlichkeit erkennbar wird, wie der Gemeinderat seine Verantwortung wahrnimmt. Unabhängig von der Organisationsform der Polizei braucht es bereits heute klare politische Leitlinien der Stadt. Die vorliegende Strategie soll dazu dienen, die Polizeiarbeit transparenter, sozial verträglicher und demokratisch besser eingebettet zu gestalten. Die Lehren aus den Ereignissen vom 11. Oktober 2025 sind in die Polizeistrategie aufzunehmen.

Besonders zentral ist dabei die Frage der städtischen Deeskalationsstrategie, die gemäss Bericht des Gemeinderats vom Januar 2026 seit Jahren praktiziert wird, bislang jedoch nur abstrakt beschrieben ist. Der Gemeinderat soll darlegen, was er unter Deeskalation versteht, wie er diese politisch steuert und wie er sicherstellt, dass Grundrechte, Sicherheit und Verhältnismässigkeit ausgewogen berücksichtigt werden.

Die Motion zielt ausdrücklich nicht auf operative Weisungen an die Polizei, sondern auf politische Klärung, strategische Kohärenz und demokratische Rechenschaftspflicht des Gemeinderats.

Gerade nach den Ereignissen vom Herbst 2025 ist eine solche Klärung nicht nur sinnvoll, sondern notwendig, um Vertrauen in die politischen Institutionen und die Sicherheitsstrategie der Stadt Bern zu stärken.

Dringlichkeit

Wird für den Vorstoss Dringlichkeit verlangt?

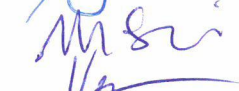
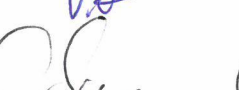
ja ☐ nein ☒

Kurze Begründung:

Bern,

Mitunterzeichnende

Sitzplatz-Nr.	Vorname / Name	Partei	Unterschrift
---------------	----------------	--------	--------------

165	Bernadette Hälliger	SP	
168	Samuel Amis	SP	
165	Szabolcs MIHALYI	SP	
156	Julian Schenk	SP	
157	Monique Heri	SP	
158	Valentina Achermann	SP	
151	Chandru Somasundaram	SP	
152	Dominique Hoch	SP	
144	Fred Now	SP	

150	AEBUCHER NAOMIE	SP/JUSO	
179	Johann Kuhnwald	SP/JWO	
148	Gina Allenspach	SP/JUSO	
147	Dominik Fritze	SP/JWO	
141	Jacqueline Brügger	VP/Lauso	
142	Canal Özcelik	SP	
143	Shashini Arumani	SP	
138	Timur Akcaszger	SP	